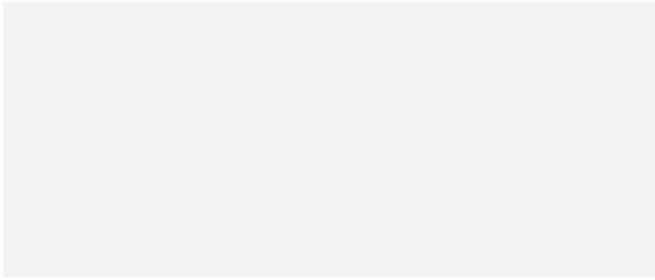


Name		Vorname		Akad. Grad
Straße, Haus-Nr.		Nation	PLZ	Ort
Bankleitzahl		Kreditinstitut		Konto-Nr.
Zuordnungskennzeichen für Überweisung				



**Antrag auf Festsetzung der Vergütung des im Freiheitsentziehungsverfahren beigeordneten Rechtsanwalts**

zu Geschäftsnummer

Datum

In dem \_\_\_\_\_ - Verfahren  
gegen \_\_\_\_\_  
beantrage ich, nachstehende Gebühren und Auslagen festzusetzen.

Soweit Einzelberechnung: Ich versichere, dass die Auslagen nach VV 7001 während meiner Beordnung entstanden sind. Vorschüsse und sonstige Zahlungen (§ 58 Abs. 3 RVG) habe ich  nicht  in Höhe von EUR erhalten.  
Aus der Staatskasse habe ich Vorschüsse (§ 47 RVG)  nicht  in Höhe von EUR erhalten

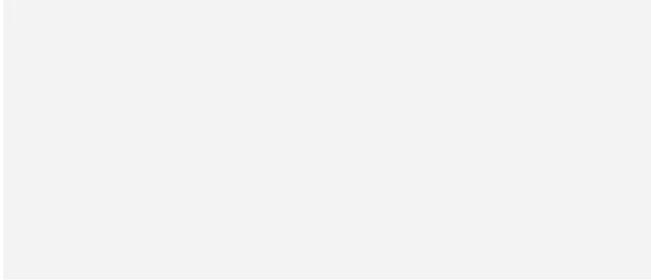
Ich werde spätere Zahlungen des Betroffenen oder eines Dritten, die für die Pflicht zur Rückzahlung der Gebühren an die Staatskasse nach § 58 Abs. 3 RVG von Bedeutung sind, der Staatskasse anzeigen (§ 55 Abs. 5 Satz 2 Halbsatz 2 RVG).  
Weitere Begründungen (evtl. auf ges. Blatt -zweifach-):

Rechtsanwalt / Rechtsanwältin

<b>Kostenberechnung</b> (nach RVG)			
Bezeichnung	Vergütungs- Verzeichnis Nummer(n)	EUR	festzusetzen auf EUR
Verfahrensgebühr	6300		
	6302		
Terminsgebühr	6301		
	6303		
Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen	Einzelberechnung 7001		
	Pauschale 7002		
<b>Summe</b>			
Umsatzsteuer auf die Vergütung	7008		
<b>Summe</b>			
abzüglich Vorschüsse und sonstige Zahlungen (s.o.)			
<b>zu zahlender Betrag</b>			

Name		Vorname		Akad. Grad
Straße, Haus-Nr.		Nation	PLZ	Ort
Bankleitzahl		Kreditinstitut		Konto-Nr.
Zuordnungskennzeichen für Überweisung				

Mittteilung an RA



Sehr geehrte Frau Rechtsanwältin,  
 sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,  
 die aus der Landeskasse zu gewährende Vergütung  
 wurde wie umseitig ersichtlich festgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

**Antrag auf Festsetzung der Vergütung des im Freiheitsentziehungsverfahren beigeordneten Rechtsanwalts**

**zu Geschäftsnummer**

**Datum**

In dem \_\_\_\_\_ - Verfahren  
 gegen \_\_\_\_\_

beantrage ich, nachstehende Gebühren und Auslagen festzusetzen.

Soweit Einzelberechnung: Ich versichere, dass die Auslagen nach VV 7001 während meiner Beordnung entstanden sind.  
 Vorschüsse und sonstige Zahlungen (§ 58 Abs. 3 RVG) habe ich  nicht  in Höhe von EUR erhalten.  
 Aus der Staatskasse habe ich Vorschüsse (§ 47 RVG)  nicht  in Höhe von EUR erhalten

Ich werde spätere Zahlungen des Betroffenen oder eines Dritten, die für die Pflicht zur Rückzahlung der Gebühren an die Staatskasse nach § 58 Abs. 3 RVG von Bedeutung sind, der Staatskasse anzeigen (§ 55 Abs. 5 Satz 2 Halbsatz 2 RVG).

Weitere Begründungen (evtl. auf ges. Blatt -zweifach-):

Rechtsanwalt / Rechtsanwältin

Kostenberechnung (nach RVG)			
Bezeichnung	Vergütungs- Verzeichnis Nummer(n)	EUR	festzusetzen auf EUR
Verfahrensgebühr	6300		
	6302		
Terminsgebühr	6301		
	6303		
Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen	Einzelberechnung 7001		
	Pauschale 7002		
<b>Summe</b>			
Umsatzsteuer auf die Vergütung	7008		
<b>Summe</b>			
abzüglich Vorschüsse und sonstige Zahlungen (s.o.)			
<b>zu zahlender Betrag</b>			

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

### Festsetzung

(Urschrift)

Die dem u.g. Rechtsanwalt aus der Landeskasse zu zahlende Vergütung wird festgesetzt auf

EUR

in Buchstaben (unter 1.000,- € entbehrlich) \_\_\_\_\_.

Der Rechtsanwalt ist dem Betroffenen in dem \_\_\_\_\_-Verfahren gemäß § \_\_\_\_\_ durch Beschluss vom \_\_\_\_\_ für die \_\_\_\_\_ Instanz beigeordnet.

Die in der umseitigen Kostenberechnung angesetzte Terminsgebühr ist entstanden anlässlich der Teilnahme \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_.

Die Notwendigkeit der Reise am \_\_\_\_\_ ist durch gerichtlichen Beschluss vom \_\_\_\_\_ festgestellt worden.

Die Vergütung ist fällig, weil \_\_\_\_\_.

Ausgang des Verfahrens: \_\_\_\_\_

Begründung von Absetzungen:  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Auszahlungsanordnung an Landesoberkasse ab:**

Der festgesetzte Betrag wurde auf dem Beiordnungsbeschluss vermerkt.

\_\_\_\_\_ als Urkundsbeamter / -in der Geschäftsstelle

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

### Festsetzung

(Durchschrift)

Die dem u.g. Rechtsanwalt aus der Landeskasse zu zahlende Vergütung wird festgesetzt auf

EUR

in Buchstaben (unter 1.000,- € entbehrlich) \_\_\_\_\_.

Der Rechtsanwalt ist dem Betroffenen in dem \_\_\_\_\_-Verfahren gemäß § \_\_\_\_\_ durch Beschluss vom \_\_\_\_\_ für die \_\_\_\_\_ Instanz beigeordnet.

Die in der umseitigen Kostenberechnung angesetzte Terminsgebühr ist entstanden anlässlich der Teilnahme \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_.

Die Notwendigkeit der Reise am \_\_\_\_\_ ist durch gerichtlichen Beschluss vom \_\_\_\_\_ festgestellt worden.

Die Vergütung ist fällig, weil \_\_\_\_\_.

Ausgang des Verfahrens: \_\_\_\_\_

Begründung von Absetzungen:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_